



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

EIN NACHHALTIGES UND GERECHTES ENTWICKLUNGSMODELL FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

1. Der Kongress stellt erneut fest, dass die globale Krise Ausdruck des definitiven Scheiterns der ungerechten neoliberalen Orthodoxie ist, von der die Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten geleitet wurde.
2. Der Kongress nimmt zur Kenntnis, dass das auf Marktfundamentalismus gestützte derzeitige Entwicklungsmodell mit seinem Schwergewicht auf exportgesteuertem Wachstum nicht zu nachhaltigem Wachstum und sozialem Fortschritt geführt hat, weder in den Entwicklungsländern noch in den Schwellen- oder Industrieländern. Mäßige Erfolge beim Armutsabbau – wo es sie gegeben hat – können nicht als ernsthafte internationale Reaktion auf die gemeinsame Herausforderung und Verantwortung mit Blick auf eine weltweite Entwicklung akzeptiert werden. Und auch die zunehmenden Ungleichheiten, die beschleunigte Umweltzerstörung oder die brutalen Auswirkungen der Krise auf das Leben von Millionen arbeitenden Familien können sie nicht aufwiegen. Der Kongress bekräftigt, dass unregulierter Kapitalismus die Umwelt zerstört und nicht nachhaltig ist und fordert ein grundsätzlich alternatives globales Produktionssystem, das human und sozial verantwortlich ist. Er ruft die Mitgliedsorganisationen auf, die wachsenden Ungleichheiten, die Unterentwicklung und die wirtschaftliche Ungerechtigkeit innerhalb des globalen Systems zu bekämpfen.
3. Der Kongress bedauert die Tatsache, dass das derzeitige Entwicklungsmodell durch seine Förderung von Arbeitsmarktflexibilisierung, Privatisierung, Deregulierung und Marktliberalisierung in vielen Ländern zu Ungleichheiten und Armut geführt sowie zu einer Untergrabung der Arbeitnehmerrechte und zu einer Schwächung der Arbeitnehmerorganisationen beigetragen hat. Dies hat durch einen verstärkten Wettbewerb unter den Entwicklungsländern, eine größere Informalisierung der Arbeit bzw. mehr Gelegenheitsarbeit, fiskalpolitische Austerität und einen negativen Steuerwettbewerb unter den Unternehmen und den Staaten mit schädlichen Auswirkungen auf den Zugang zu und die Qualität der sozialen Schutzmaßnahmen zu einem Abwärtstrend der Löhne geführt.
4. Der Kongress verurteilt den globalen Trend in Richtung auf die Privatisierung öffentlicher Dienste, durch die Millionen Menschen ihre grundlegenden Menschenrechte verweigert werden. Er bekräftigt erneut, dass das Angebot qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste, die für alle zugänglich sind, dazu beiträgt, Armut und Ungleichheit zu vermindern, mehr menschenwürdige Arbeit zu schaffen und die soziale Integration und Kohäsion zu verbessern. Der Kongress bekräftigt ferner erneut, dass ein kostenloses, allgemeines, staatliches Bildungssystem Chancen für alle bietet und eine unerlässliche Grundlage demokratischer Gesellschaften ist. Es trägt maßgeblich dazu

bei, einzelne Menschen und Gemeinwesen in die Lage zu versetzen, den Armutskreis zu durchbrechen und ihnen Chancengleichheit zu ermöglichen.

5. Der Kongress wiederholt die zentrale Rolle der Gewerkschaften im Entwicklungsprozess. Aufgrund ihrer demokratischen Vertretung sind sie in einzigartiger Weise legitimiert, Kontakt zu Regierungen und Arbeitgeberorganisationen aufzunehmen und sie zur Rechenschaft zu ziehen. Durch ihre Beteiligung am sozialen Dialog können die Gewerkschaften die Änderung ungerechter Regierungsmaßnahmen bewirken und zum sozialen Fortschritt beitragen. Durch die Förderung von und die Teilnahme an Tarifverhandlungen sorgen sie dafür, dass der Wohlstand in der Gesellschaft gerechter verteilt wird, womit sie zur Verminderung von Armut und Ungleichheiten beitragen. Durch die Organisation der Beschäftigten, einschließlich der Ärmsten und Schwächsten wie derjenigen in informellen Beschäftigungsverhältnissen, können die Gewerkschaften eine entscheidende Rolle bei der Veränderung der vorhandenen Machtstrukturen spielen. Die Organisation selbständiger Beschäftigter in mit Gewerkschaften verbundenen Genossenschaften könnte eine Möglichkeit sein, um Machtverhältnisse zu verändern und Tätigkeiten zu formalisieren. Durch ihren Kampf für soziale Gerechtigkeit sind und müssen die Gewerkschaften vollwertige Partner im Entwicklungsprozess sein und als solche anerkannt werden. Der Kongress ruft zu erhöhten Investitionen der Länder und der internationalen Institutionen auf, um die Gewerkschaften und freie Tarifverhandlungen in Entwicklungsländern zu stärken, da dies zwei unerlässliche Stützen einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung sind.

6. Der Kongress fordert ein neues Entwicklungsmodell, das auf dem Wachstum des Binnenmarktes basiert und auf menschenwürdige Arbeit und Einkommensverteilung sowie auf Investitionen in die Menschen mittels Bildung und Gesundheitsversorgung ausgerichtet ist, der regionalen Integration Priorität einräumt und dem Schutz der Umwelt und der Arbeitnehmerrechte gerecht wird. Der Kongress fordert zudem internationale Rahmenbedingungen, die einen ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auch der Entwicklungsländer, und deren gerechte Teilhabe an der globalisierten Wirtschaft ermöglichen. Er lehnt die Plünderung der natürlichen Ressourcen in den Entwicklungsländern durch multinationale Unternehmen und korrupte Eliten ab und unterstützt die eigenen Bemühungen dieser Länder um den Ausbau ihrer Wertschöpfungskapazitäten im Produktionsbereich unter umfassender Achtung der Arbeitnehmerrechte. Der Abbau natürlicher Ressourcen durch multinationale Unternehmen muss den betroffenen Gemeinwesen und Ländern zugute kommen und mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sein.

7. Der Kongress ist sich bewusst, dass Handel und Investitionen für eine erfolgreiche Entwicklung erforderlich sind, lehnt eine übermäßige Abhängigkeit von exportgesteuertem Wachstum auf Kosten der Binnenmärkte und der lokalen Bedürfnisse oder der Achtung der Arbeitnehmerrechte jedoch ab. Das Wirtschaftswachstum muss qualitativ hochwertig und nachhaltig sowie in der einheimischen Nachfrage verwurzelt sein und sich auf ein angemessenes Lohnniveau, landwirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung stützen, indem diversifizierte und produktive Wertschöpfungskapazitäten geschaffen werden. Internationale Handels- und Investitionsregeln sowie die Investitionen großer Unternehmen in die kommerzielle Nahrungsmittelproduktion dürfen die Lebensgrundlagen von Kleinbauern sowie von Männern und Frauen in ländlichen Gegenden nicht untergraben.

8. Die Globalisierung hat dazu geführt, dass globale Produktions- und Lieferketten entstanden sind. Obwohl es sich um eine "globale" Krise handelt, hat sie protektionistische Tendenzen wiederaufkommen lassen. Angesichts dieser Entwicklung fordert der Kongress den Ausbau der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften auf nationaler

und internationaler Ebene, um gemeinsam gegen die Folgen des Sozialdumpings vorzugehen, vor allem dann, wenn dies zu Verletzungen der grundlegenden Arbeitnehmerrechte führt. Der Kongress bekräftigt, dass grundlegende Arbeitnehmerrechte von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige Konjunkturerholung und eine wirksame Antwort auf die Krise sind.

9. Der Kongress bekräftigt, dass das neue Entwicklungsmodell prioritär auf die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten für alle und einen ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie auf eine umweltverträgliche Entwicklung abzielen muss. Er lehnt die ausschließliche Konzentration auf Wirtschaftswachstum und die These ab, dass wirtschaftliche Expansion automatisch zu sozialem Fortschritt führt. Gängige Berechnungen des BIP spiegeln nicht das Gesamtbild von Wachstum und Wohlstand wider. Der Kongress unterstützt daher die Entwicklung neuer Definitionen mit besseren Indikatoren, die ein besseres Abbild des Fortschrittes auf sozialem, wirtschaftlichem und ökologischem Gebiet vermitteln können. Der Kongress fordert alle Regierungen auf, den Trend in Richtung auf mehr Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft und eine Prekarisierung der Arbeit umzukehren, indem sie die Arbeitsgesetze verschärfen, ausweiten und besser in Kraft setzen sowie die Rolle der Arbeitnehmerorganisationen uneingeschränkt anerkennen. Er fordert ferner die Durchführung der IAO-Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung sowie eines länderspezifischen Programms der IAO für menschenwürdige Arbeit in jedem Entwicklungsland, was Unterstützung von sowohl multilateralen als auch bilateralen Gebern im Rahmen ihrer Entwicklungszusammenarbeit sowie die Beteiligung der Gewerkschaften auf allen Ebenen und bezüglich sämtlicher Aspekte dieser Maßnahmen erfordert. Die Stärkung der staatlichen Arbeitsaufsicht sollte dabei eine Schlüsselkomponente sein, und die IAO-Übereinkommen 81 (Arbeitsaufsicht) und 129 (Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft)) müssen von allen Regierungen ratifiziert und uneingeschränkt umgesetzt werden.

10. Der Kongress unterstreicht nachdrücklich, dass eine gerechtere Einkommensverteilung eine Vorbedingung für jede Form von nachhaltiger Entwicklung ist. Die Verminderung von Ungleichheiten, u.a. durch durchschlagende Umverteilungsinstrumente wie Tarifverhandlungen, eine progressive Steuerpolitik, existenzsichernde Löhne oder verbesserte Mindestlöhne, garantiert zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste und einen verbesserten sozialen Schutz, muss ein ausdrückliches Ziel nationaler Entwicklungsstrategien sein. Steuergerechtigkeit ist für dieses neue Entwicklungsmodell von zentraler Bedeutung. Bei der verstärkten Mobilisierung heimischer Ressourcen für die Entwicklung sollten eine Steuerreform, die Verbesserung der Steuerverwaltung und die Verbreiterung der Steuerbasis sowie die Beendigung von Steuerbetrug und Steuerflucht im Mittelpunkt stehen. Die Regierungen sollten sich um die Einführung bzw. den Ausbau der Einkommensumverteilungsfunktion ihrer Steuersysteme mittels progressiver Systeme bemühen, die die höchsten Steuerbeiträge aus Kapitalerträgen und von den Wohlhabendsten fordern und Steuererleichterungen für Familien mit niedrigem Einkommen und die Armen vorsehen. In Bezug auf Investitionen müssen Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Finanzverwaltung sowie die soziale Infrastruktur im Mittelpunkt stehen, einschließlich Strategien in den Bereichen Gesundheit, Bildung für alle zur Vermittlung von Qualifikationen und Wissen, damit die Menschen selbst Maßnahmen zum Schutz ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen ergreifen können, und Strategien für menschenwürdige Arbeit.

11. Die Gleichstellung der Geschlechter muss ein weiteres spezifisches Ziel sein, und der Kongress fordert die Regierungen, die Geber und die Gewerkschaften auf, die Entwicklungspolitik stärker und wirkungsorientierter auf geschlechtsspezifische Fragen auszurichten. Das Angebot grundlegender öffentlicher Dienste ist eine unerlässlich-

che Vorbedingung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Selbstbemächtigung der Frau.

12. Viele multilaterale und bilaterale Handels- und Investitionsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wirken sich negativ auf die Integrationsprozesse der Entwicklungsländer aus, indem sie die regionale Integration untergraben und Arbeitslosigkeit verursachen bzw. verschärfen. Der Kongress fordert eine Stärkung der regionalen Integrationsprozesse. Er ist sich des Potenzials regionaler Märkte hinsichtlich der Ankurbelung des Wachstums bewusst, ebenso wie der Tatsache, dass die Integration einer sozialen Dimension in die regionale Integration weiterhin eine erhebliche Herausforderung für die Gewerkschaften und ihre Verbündeten darstellt.

13. Der Kongress betont, dass der Schutz der Umwelt und derjenigen, die gegenüber Umweltschäden am wenigsten geschützt sind, ein integraler Bestandteil des neuen Entwicklungsmodells sein muss. Die Regierungen müssen dafür sorgen, dass ihre Politik dem Umweltschutz Rechnung trägt und dass Strategien für einen "gerechten Übergang" konzipiert werden, um in sozial gerechter und ökologisch verantwortungsvoller Weise für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen. Der Kongress fordert eine umfassende Umgestaltung globaler Produktionssysteme und Verbrauchsmuster, um unsere Gesellschaften und Arbeitsplätze zu schützen und menschenwürdige Arbeit für alle zu sichern und zu fördern. Die Gewerkschaften müssen eine zentrale Rolle bei dieser beispiellosen Umgestaltung spielen. Der Kongress verpflichtet sich zur Förderung eines integrierten nachhaltigen Entwicklungsmodells, einschließlich eines gerechten Übergangs, der sozialen Fortschritt, Umweltschutz und wirtschaftliche Bedürfnisse innerhalb eines demokratischen Ordnungsrahmens miteinander verbindet, unter Berücksichtigung der Gewerkschafts- und anderer Menschenrechte und der notwendigen Gleichstellung der Geschlechter. Es ist Aufgabe der Industrieländer, die finanziellen Mittel und die für den Erfolg derartiger Strategien in Entwicklungsländern erforderlichen Technologien bereitzustellen.

14. Der Kongress betont die Notwendigkeit, sämtliche Grundbedürfnisse zu erfüllen und fordert eine ehrgeizige Strategie, um Millionen mehr Menschen Zugang zu Wasser zu verschaffen, indem eine umfassende Wasserpolitik, einschließlich Wassersparmaßnahmen und Wasseraufbereitung, verfolgt und in Ländern, in denen dies erforderlich ist, in Staudämme und -seen investiert wird. Er fordert zudem eine weitere nachdrückliche Strategie für den sozialen Wohnungsbau, um der Mehrheit ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Er weist die Regierungen darauf hin, dass die in Entwicklungsländern weit verbreitete und anarchische Urbanisierungspolitik das gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht stört, die Armut verschärft und neue Bedürfnisse entstehen lässt, die mit den Einkünften der Menschen nicht vereinbar sind. Der Kongress befürwortet eine nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und verurteilt die zur Zeit weit verbreitete, Neokolonialismus im Agrarsektor gleichkommende Praxis, riesige Ländereien in Entwicklungsländern für die exportorientierte kommerzielle Nahrungsmittelproduktion aufzukaufen, was sich negativ auf indigene Ernährungsweisen und Kulturen auswirken könnte. Die Entwicklungspolitik muss für Ernährungssicherheit sorgen und lokalen Produzenten mehr Möglichkeiten bieten, um zur Verwirklichung des Rechtes auf Nahrung für alle beizutragen.

15. Der Kongress bekräftigt, dass die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung soziale Gerechtigkeit erfordert. Dazu bedarf es Demokratie, Fairness, einer verantwortungsvollen Regierungsführung, starker und rechenschaftspflichtiger Institutionen und der Ausmerzung von Korruption, und der Kongress unterstreicht die eindeutige Verantwortung sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer in diesem Bereich. Es sind entschiedene Maßnahmen erforderlich, um sicherzustellen, dass die

von Gebern und den internationalen Finanzinstitutionen bereitgestellten Gelder nicht zu Korruption und schlechter Regierungsführung beitragen. Der Kongress ist sich der Rolle bewusst, die die Gewerkschaften in Entwicklungsländern bei der Stärkung der Demokratie und der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit gespielt haben und sagt ihnen fortlaufende Unterstützung bei dieser Arbeit zu.

16. Der Kongress bedauert, dass die Realität trotz internationaler Zusagen, die auf die Teilhabe der einzelnen Länder an den Entwicklungsstrategien abzielen, heute immer noch so aussieht, dass sich die Entwicklungspolitik häufig an den politischen oder handelspolitischen Prioritäten der Geberländer oder an der jeweiligen Agenda internationaler nichtstaatlicher Organisationen orientiert, anstatt an demokratischen Debatten auf nationaler Ebene. Der Kongress stellt fest, dass die demokratische Teilhabe der Menschen an den Entwicklungsstrategien – mittels repräsentativer Institutionen – das wichtigste Instrument ist, um eine wirksame Lenkung des Entwicklungsprozesses zu erreichen und dass eine demokratische Teilhabe ohne sozialen Dialog nicht möglich ist. Er fordert die internationalen Organisationen, Gebereinrichtungen und die Regierungen der Entwicklungsländer dringend auf, dafür zu sorgen, dass sie über den erforderlichen demokratischen politischen Spielraum verfügen. Der Kongress fordert die konkrete Anwendung des Prinzips der demokratischen Teilhabe und unterstreicht, dass die nationalen Parlamente, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft bei der Festlegung der Entwicklungsstrategien ein Mitspracherecht haben müssen.

17. Der Kongress unterstreicht, dass positive internationale Rahmenbedingungen Finanzstabilität und Spielraum für eine antizyklische Stabilisierungspolitik in Entwicklungsländern erfordern. Der Kongress fordert die internationalen Finanzinstitutionen auf, zur Schaffung derartiger Rahmenbedingungen beizutragen, anstatt die Interessen reicher Eliten oder weniger Länder zu fördern. Es bedarf einer grundlegenden Überprüfung nicht nur der internen Lenkungsprozesse zwischenstaatlicher Institutionen, sondern auch ihrer Ausrichtung, Politik, Ziele und ihres Mandats generell, damit sie der dringenden Aufgabe gewachsen sind, für Entwicklung zu sorgen, Ungleichheiten zu beenden und Arbeitsplätze für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen, vor allem in den Entwicklungsländern, in denen die verheerenden Auswirkungen ihrer Maßnahmen deutlicher denn je zu spüren sind. Der Kongress fordert die Geber darüber hinaus nachdrücklich auf, die Schulden der am wenigsten entwickelten Länder ohne wirtschaftspolitische Auflagen zu streichen. Es ist dringend erforderlich, ein faires und transparentes Umschuldungs- und Schuldenstreichungsverfahren festzulegen und die Legitimität der Schulden zu überprüfen. Der Kongress verurteilt die Vorgehensweisen sogenannter 'Geierfonds' und begrüßt Gesetze, die deren Rückgriff auf die Gerichte untersagen, um Entwicklungsländern Geld zu stehlen.

18. Der Kongress fordert die Regierungen auf, an ihrer Verpflichtung zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der UN bis zum Jahr 2015 festzuhalten und ihre Bemühungen in diesem Bereich noch zu intensivieren, und er unterstreicht, dass die Förderung menschenwürdiger Arbeit von entscheidender Bedeutung für die Erreichung des ersten MDG, der Beseitigung der Armut, ist. Die Industrieländer müssen die Zusage der UN einhalten und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die offizielle Entwicklungshilfe aufwenden. Zusätzliche Mittel für die Entwicklungsfinanzierung müssen durch neue Bemessungs- und Beitragsformen für internationale Steuern und vor allem Steuern wie eine globale Finanztransaktionssteuer bereitgestellt werden, die auch für Klimaschutzinitiativen verwendet werden könnte. Es ist wichtig, dass die Hilfe berechenbar und nicht an Bedingungen geknüpft ist, auf die demokratischen Entwicklungsbeschlüsse der Entwicklungsländer eingeht und die Rolle des Staates unterstützt. Es sollte in Erwägung gezogen werden, einen Entwicklungsfonds für die nachhaltige Industrialisierung armer Länder einzurichten.

19. Im Falle verheerender Naturkatastrophen wie großer Erdbeben ruft der Kongress die internationale Gemeinschaft auf, wirksame und rasche Verfahren einzuführen, um die Verluste an Menschenleben zu begrenzen und beim dringenden Wiederaufbau von Städten und ihrer grundlegenden Infrastruktur behilflich zu sein.

IGB-Aktionsprogramm

20. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) dieses neue Entwicklungsmodell gegenüber nationalen und internationalen Institutionen zu vertreten, publik zu machen und zu fördern;
- (b) sich für die Reform der internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen, antizyklische Konjunkturerholungsprogramme mit Schwerpunkt auf der Ankurbelung der Binnennachfrage, neue Formen internationaler Steuern und das Austrocknen von Steueroasen, eine Überprüfung von Handels- und Investitionsverträgen und -abkommen zur Sicherung der Entwicklungsaussichten sowie für eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes innerhalb der und unter den einzelnen Staaten einzusetzen;
- (c) bei der Förderung eines neuen Entwicklungsmodells, das anstatt des BIP einen neuen Entwicklungsindex beinhaltet, mit dem das soziale und ökologische Wohl gemessen werden kann, mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die unsere Werte teilen, zusammenzuarbeiten, einschließlich Frauen- und Jugendgruppen, sofern sie die Rolle und Repräsentativität der Gewerkschaften respektieren;
- (d) Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, die internationale Entwicklungshilfe eher auf die Effizienz der Entwicklung anstatt auf die Effizienz der Hilfe auszurichten, und die Arbeit des Gewerkschaftsnetzwerkes für die Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN) zu untermauern, um bei der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit für mehr Kohärenz und eine bessere Koordination zu sorgen;
- (e) die Mitgliedsorganisationen bei der Umsetzung des neuen Entwicklungsmodells zu unterstützen, auch bei ihren Bemühungen um die Umkehr des Trends in Richtung auf eine zunehmende Informalisierung der Arbeit, und davon betroffene Beschäftigte zu schützen;
- (f) die Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen bezüglich der in dieser Entschlie-ßung angesprochenen Themen auszubauen.